

JOSEF JOFFE

Platon im Vorstand, Rousseau in der Bilanz

Oder: Was treibt amerikanische Wirtschaftsbosse
in das Studium der politischen Philosophie?

Die Akten kamen mit der Post – zwölf Zentimeter dick und bis zu 2400 Jahre alt: Thukydides und Aristoteles, Machiavelli und Marx, John Locke und Martin Luther King, Dostojewski und Dürrenmatt. Die Adressaten: 20 Businessmen und Banker auf der Chefebene. Die Aufgabe: bewußt lesen, was die Herren allenfalls vor 30 Jahren und dann eher zwangsweise im College beschnuppert hatten. Der Sinn: Vorbereitung auf acht Tage rigoroser Diskussion über die ewigen (weil ungelösten) Fragen aller politischen Philosophie: über Freiheit und Gleichheit, Gerechtigkeit und Gehorsam, Staat und Individuum.

Für das Privileg, in reiferen Alter noch einmal Hausarbeiten machen zu dürfen, müssen die *Chief Executives* und *Vice-presidents* 4000 Dollar hinlegen, aber dafür bot ihnen das Aspen Institut in den Rocky Mountains von Colorado nicht nur Philosophie, sondern auch Vollpension. Die Gebühren und den Flug mag ja die Firma bezahlen, aber die Zeit, die in dieser Gehaltsklasse allemal mehr wert ist als das Geld, kam aus eigener Tasche. Warum also trennen sich die Größen des amerikanischen Kapitals freiwillig über eine Woche lang von ihren Telefonen und Chefesseln (die dort bei Abwesenheit schneller wackeln als hierzulande), um über Platons Höhlengleichnis und Rousseaus Gesellschaftsvertrag nachzusinnen?

Die Antworten formieren sich kaum zur Überraschung. „Zu Hause habe ich keine Zeit zum Lesen“, sagt ein Obermanager von der Citibank. „Wenn ich morgens ins Büro komme, warten in meinem Computer 40 elektronische Briefe aus der ganzen Welt. Den Rest des Tages bin ich damit beschäftigt, quer durch den weltweiten Geldmarkt zu telefonieren, und am Abend reicht's gerade noch für eine Stunde mit den Kindern.“ Burt, Chef einer Rundfunk-Kette, macht sich gar lustig über die digitale Kommunikationswut, welche die amerikanische Geschäftskultur und ihn selbst inzwischen in den Fängen hält: „Um den Kontakt zur Zentrale nicht zu verlieren, habe ich ein Fax-Gerät sogar in mein Ferienhaus geschleppt. Weil es dort so eng ist, habe ich es unter unser Ehebett placiert. Wenn es dann anfing zu pfeifen und zu summen, konnte ich gar

nicht anders, als mich über die Bettkante zu lehnen und zu schauen, weshalb ich gefordert war.“

„Wir leiden am *Tunnelsyndrom*“, bekennt Tony, Vizepräsident der Hughes Aircraft, „wir blicken nur durch die Röhre unserer Geschäftsvorgaben und sehen sonst nichts anderes mehr.“ Trotzdem – oder gerade deswegen – entpuppten sich die 20 Emissäre aus der Welt des Geldes als begierige, ja leidenschaftliche Amateurphilosophen.

Den einfachsten Zugang fanden sie zum „Fürst“ des Niccolo Machiavelli, dessen Ratschläge an den Herrscher sie allemal an die tagtägliche Praxis im eigenen Betrieb gemahnte. „Mac“, so das sarkastische Resümee eines Vorstandsvorsitzenden, „sagt dir genau, wie du es schaffst, das Chefzimmer mit den vielen Fensterachsen zu ergattern – und wie du es behalten kannst.“ Personalpolitik? „Siehe Kapitel drei, wo steht: „Die Menschen müssen entweder gestreichelt oder vernichtet werden.“ Nachwuchsförderung – siehe ebenfalls Kapitel drei: „Wer immer einem anderen zur Macht verhilft, wird selbst ruiniert“, woraus für den klugen Chef folge: „Hätschele deinen Protegé – und dann bring ihn um.“ Die einzig richtige Übernahmepolitik werde im achten Kapitel beschrieben: „Der Herrscher, der sich einen neuen Staat aneignet, muß die Grausamkeiten alle auf einmal begehen, auf daß er nicht jeden Tag erneut auf sie zurückfallen muß.“

„Genauso ist es bei uns auch“, bekennt Peter, Präsident einer Telefongesellschaft. Und Joe, Chef eines Pharmazie-Multis, gibt zu: „Wie oft habe ich schon einen Rivalen erledigt, bevor er selbst zuschlagen konnte. Außerdem: Nichts ist besser für die Betriebsdisziplin, als die gelegentliche Exekution, sprich: der Rauschmiß.“ Wie wahr, wie wahr, murmelt die Runde, doch Tony, der Vizepräsident eines Satelliten-Herstellers, protestiert: „Wenn ein solcher Machiavellist bei uns auftauchte, würde er nicht lange überleben.“ Bill, der Marketing-Chef eines Chemie-Giganten, stimmt zu: „So wurde unsere Firma früher regiert – bis die Palastrevolte ausbrach. Ein erfolgreicher Konzern kann so nicht mehr geleitet werden.“

Hinter der Anti-Machiavelli-Stimmung

scheint sich ein allgemeiner Wandel in der amerikanischen Geschäftswelt zu verbergen. Der diktatorisch-manipulative Führungsstil aus Henry Fords Zeiten stößt an seine Grenzen dort, wo nicht mehr Transportband und rigide Arbeitsteilung den Produktionsprozeß regieren, sondern wo *information processing* durch selbständig handelnde Individuen oder demokratische Teamarbeit den Profit mehren. Überdies, so spekuliert Burt, der Rundfunkkonzern-Chef, stehe Amerika vor einem erneuten Wertewandel. *Wall Street*, jene Hollywood-Allegorie vom egomanen, geldgrapschenden Übernahme-Artisten, sei das Leitmotiv der achtziger Jahre gewesen. Jetzt aber, wo die *Junk-Bond-Könige* und Firmen-Flederer (wie Michael Milken und Ivan Boesky) vor den Richtern gewandert sind, habe die große Besinnung im Big Business eingesetzt. „Bereichert euch!“ ist out, soziale Verantwortung ist in.

Auch sorgt der Staat längst fürs richtige Bewußtsein – per Gesetz und Quote. Firmen rühmen sich in ihrer Reklame des Einsatzes für den Umweltschutz. Auf den Bewerbungsbögen müssen immer mehr Leute ankreuzen, wes Mutters Kind sie sind: schwarz oder weiß, Indianer, Asiate oder Hispano-Amerikaner. Wer zu einer Minderheit gehört (und dazu wird in den USA auch die statistische Mehrheit der Frauen gezählt) bekommt Bonuspunkte. Ist das Gerechtigkeit oder Bevorzugung?

Die Frage nach der Gerechtigkeit ist die älteste aller politischen Philosophie. Allein die Anfangskapitel von Platons *Politeia* (gleich zweimal Lesestoff fürs Seminar) enthalten sechs Definitionen, von denen

zwei bis heute die konträren Grundpositionen in der Rechtsphilosophie bestimmen. Die eine Schule („positives Recht“) sagt: Recht ist, was Gesetz ist – und dieses bestimmt der Machthaber. Die andere, die Naturrechts-Schule, sagt dagegen: Das Gesetz muß auf Rechten (und moralischen Pflichten) fußen, die der Mensch unabhängig vom Staat besitzt. Das wirft eines jener klassischen Dilemmata auf, wie es sie in der politischen Theorie zuhauf gibt und das jeder Oberschüler aus dem Konflikt zwischen Kreon und Antigone kennt (diese Sophokles-Tragödie stand ebenfalls auf dem Programm). Einerseits ist keine Theorie der Gerechtigkeit vorstellbar, die dem Menschen nicht unveräußerliche (Natur-)Rechte, wie etwa in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, einräumt. Andererseits: Kein Rechtssystem kann in der Praxis bestehen, das nicht durch staatliche Macht garantiert wird. Im Naturzustand mag der Mensch ja Rechte haben, aber wer verhilft ihm zum Recht?

Wer also hat recht? Platons *Thrasymachos* und Erben („Recht ist, was den Starken nützt“) oder John Locke, Jean-Jacques Rousseau und die Väter der *Declaration of Independence* – und was hat das alles mit Quoten für Schwarze, Frauen und Behinderte zu tun? Der schlimme *Thrasymachos*

Quelle

Datum

chos hat immerhin schon vor 2300 Jahren ein *Gruppen-Recht* (wenn auch zugunsten der Mächtigen) postuliert, derweil die liberalen Naturrechts-Denker nur *Individual-Rechte* anerkennen wollten. Die Ironie: Progressives Quoten-Denken, das sich an der Gruppe orientiert, liegt in der Tradition des Machtmenschen Thrasymachos, derweil die klassischen Liberalen jegliche Quote als ungerechte Bevorzugung ablehnen müssen, weil sie nur *Individual-Rechte* anerkennen.

Die Ironie verwandelte sich zum quälenden Widerspruch, als sich die Diskussion auf Südafrika einschob – ein Problem, dem keine amerikanische Großfirma heute entfliehen kann. So mancher Multi hat Südafrika verlassen – sei es aufgrund offizieller Sanktionspolitik oder gesellschaftlichen Drucks. „Die weißen Südafrikaner reklamieren Gruppenrechte, aber dort sagen wir: *one man, one vote*“, sagt ein Marketing-Mann. „Doch zu Hause basiert dann unsere ganze Quotenpolitik genau wieder auf jener Gruppenrechts-Theorie, die wir in Südafrika verwerfen. Was gilt also? Oder ist alles relativ?“

Life, liberty and the pursuit of happiness für jeden einzelnen ist die absolute Naturrechts-Devise der Unabhängigkeitserklärung, die das Modell für alle Grundrechtskataloge geworden ist, und: „Alle Menschen sind gleich erschaffen worden.“ Nur: „Was nützt es“, fragt Charlie, der Banker, „wenn alle Kinder bei Geburt gleich sind, aber schwarze Kinder im Ghetto alles here als gleiche Startbedingungen haben?“ Und Dorothy, die schwarze Journalistin aus Washington, sekundiert: „Das Unrecht gegen die Sklaven ist den Schwarzen als *Gruppe* angetan worden; bedeutet das nicht, daß heute Wiedergutmachung an der *Gruppe* geleistet werden muß?“

Die Frage beantwortete die Runde der Neu-Philosophen mit „Ja“, aber Philosophie wäre nicht Philosophie, wenn sie nicht eindeutige Antworten zuließe. Hat der

der Schwarze X das Recht, dem gleich- oder besserqualifizierten Weißen Y vorgezogen zu werden? Und wenn ja, welches Unrecht erleidet dann der Weiße Y, der keinerlei Verantwortung an den Grausamkeiten der Sklaverei trägt?

Dies sind philosophische Probleme, mit denen heute immer mehr amerikanische Bosse in der täglichen Praxis fertigwerden müssen – wie auch mit Frauenquoten. „Zwei meiner Topmanager“, berichtet Doug, der Vize eines Getränkekonzerns, „sind gerade auf Mutterschaftsurlaub, und der Betrieb leidet natürlich darunter.“ Joan, die Innenministerin eines Bundesstaates, läßt den Einwand nicht gelten: „Frauen sollten das Recht auf Kinder und Karriere haben, und das beinhaltet das Recht auf Teilzeitarbeit ohne Beförderungsrisiko.“ Da protestiert wiederum Banker Charlie: „Wir müssen heute in einem globalen Markt gegen die Japaner konkurrieren, und die arbeiten 16 Stunden

am Tag. Die Gerechtigkeit würde so auf Kosten der Effizienz, gar des Firmenüberlebens erkaufte werden.“

Rousseau, dem die nächste Sitzung galt, hatte es einfacher. Er mußte sich nicht mit Gruppenrechten auseinandersetzen; ihn quälte in der feudalen Gesellschaft die Ungleichheit des *Individuums*, das gleich und frei geboren wird, aber allenthalben „in Ketten“ leben muß. Rousseaus Remedur, der „Gesellschaftsvertrag“, hatte indes die homogene, überschaubare Gesellschaft eines Schweizer Kantons als heimliche Prämisse. Sich in solch vertrauter Atmosphäre die Unterwerfung eines jeden einzelnen unter den „allgemeinen Willen“ vorzustellen, ist eine Sache. Eine andere ist es, das Modell der „totalen Demokratie“ (manche sehen Rousseau gar als Vorläufer des Totalitarismus) auf ethnisch gespaltenen Ländern wie die USA und Südafrika zu übertragen. Selbst die idyllische Vision einer Rousseauschen Kantonsgesellschaft verlor an Glanz, nachdem die Runde Dürrenmatts „Besuch der alten Dame“ gelesen hatte, wo ja der „allgemeine Wille“ zum Tod eines einzelnen führte.

Wo liegt die Grenze zwischen der Macht der Gesellschaft und dem Recht des Individuums? Auch dies eine ewige Frage der politischen Philosophie, die alle Denker, von Platon bis Marx, in den Fängen gehalten hat. Inzwischen hat diese Frage in Amerika eine spezifische, quälende Variante erfahren. James, Medizinprofessor an der Harvard Universität, definierte sie so: „In meiner Klinik sind 20 Prozent aller Neugeborenen *crack babies*. Sie leiden an furchtbaren Lern- und Verhaltensstörungen; sie sind einfach falsch gepolt. Was machen wir nun? Wollen wir süchtigen Schwangeren die Freiheit nehmen, um so deren Crack-Konsum zu stoppen, der sowohl die Kinder als auch die Gesellschaft schädigt?“

Victor, der Generaldirektor einer Chemiefabrik, gab darauf eine scheinbar klare Antwort: „Wir stecken doch Eltern auch wegen Kindesmißhandlung ins Gefängnis, warum nicht auch Crack-Mütter?“ Joe, der Chef einer Pharmafirma sekundiert: „Die Gesellschaft muß das Recht haben, Ungeborene vor einem so fürchterlichen Schicksal zu bewahren.“ Nur wie? Dies hieße, aller Crack-Konsumentinnen habhaft zu werden, sie auf Schwangerschaft zu überprüfen und sie dann bis zur Niederkunft in eine knastähnliche, rauschgiftlose Isolierung zu stecken. „Das ist ja wie bei Dostojewskis Großinquisitor, der den Menschen die Freiheit nimmt, um sie vor der Freiheit zu schützen“, schallt es aus der Runde zurück. Und der Medizinprofessor, der die ganze Diskussion angezettelt hatte, warnte vor einem „Totalitarismus der guten Absicht“: Eine „solche Lösung wird uns mehr terrorisieren als das Problem.“

Die Seminaristen verließen Aspen, wie es sich nach einer rigorosen Philosophiediskussion gehört: mit mehr Fragen im Kopf als Antworten – und wie einer witzelnd hinzufügte: „Ich weiß noch immer nicht, was richtig oder falsch, gut oder böse ist, aber immerhin bin ich jetzt auf einem höheren Niveau verwirrt.“ Burt, der Radiochef, drückte aus, was alle fühlten: „Dieses Seminar hat mich gezwungen, meine eigenen Glaubenssätze in die Mangel zu nehmen.“ Ob die Philosophie neben dem Denken auch die Bilanz verbessern wird? „Weiß ich nicht, frag' mich wieder in sechs Monaten.“

Die Aufnahme zeigt die Büste Platons aus der Münchner Glyptothek.